

I.E. alias IM Berlin

Wer wundert sich noch über die vielen Abkürzungen in unserem Gewerbe? Am Ende einer Zugfahrt meinte einmal ein unfreiwilliger Zuhörer, er habe noch nie so viele Kürzel gehört. AFW, DGSP, BGSP, SGP, SpD, HBG, DPW...ja, wir mussten lachen. Doch jetzt ist nach PEPP und PsychVGG die Stäb der Renner. Bei einer Veranstaltung der BGSP am 30.5.2018 purzelte das Stäb(chen) ganz munter über alle Lippen. Christian Reum-schüssel-Wienert (CRW) gab eine Einführung. Das Motto des Abends: „Stationsäquivalente Behandlung – neue Chance der Kooperation?“ Fr. Dr. Hauth (DGPPN) war wie immer psychiatriepolitisch auf dem neuesten Stand und verwies auf ein gemeinsames Papier vieler Verbände, inklusive DGSP.

CRW bat uns, zwei verschiedene Formen der Kooperation zu unterscheiden: Das Outsourcing von 50 % der Stäb-Leistung an andere Leistungserbringer, aber nur an jene, die ambulante Behandlung im Rahmen des SGB V machen, und nicht an Sozialarbeiter; oder die Kooperation zweier autonomer Leistungserbringer, einmal Stäb, einmal Eingliederungshilfe, die in keinem hierarchischen Verhältnis zueinander stehen. Die treffen dann in der Wohnung aufeinander, und müssen ihre Claims abstecken. Du Küche, ich Bad? Immer wenn es um ambulante Behandlung geht taucht in Berlin ein Musterfall auf: Ein psychotischer junger Mann verweigert Behandlung und Kontakt, die Eltern bitten um einen Hausbesuch. Darf, soll, muss Stäb klopfen, oder darf das nur der SpD? Man ist sich einig. Natürlich darf Stäb nicht ohne Auftrag tätig werden. Die Angehörigen seufzen. Ist das nun tatsächlich der große Wurf? Norbert Mönter, Ärztlicher Leiter und Geschäftsführer von PIBB meint abschließend und lapidar: „Alles Quatsch“.

Wir waren schon etwas derangiert, als nach der Veranstaltung die Mitgliederversammlung der BGSP mit Wahl des Vorstands erfolgte. Der Verzehr einer Butterbrezel half, doch noch mehr der Anblick neuer und junger Gesichter. Sie bestücken unseren Vorstand, und das ist sehr o.k. Die „Alten“ dürfen sich in den beiden Besuchskommissionen austoben und natürlich im Berliner Archiv für Sozialpsychiatrie (BAS).

Noch keine Abkürzung gibt es für die gute alte Straßensozialarbeit, der eine kleine Veranstaltung im Haus des Paritätischen am 25. Juni gewidmet war. Andreas Geisel, Senator für Inneres und Sport meinte, er sei eigentlich zum Lernen gekommen, musste sich dann aber natürlich doch Forderungen und Vorschläge anhören. Nach einem Mord (Urteilsverkündung heute) durch einen Obdachlosen im Tiergarten war der entsprechende HotSpot geräumt worden.

Die überwiegend aus Osteuropa stammenden Männer wurden in andere Bezirke verdrängt. Fr. Dr. Schlimper, die Geschäftsführerin des Paritätischen schlug vor, doch in jedem Bezirk zwei, drei Orte zu belassen, wo sich Obdachlose aufhalten und von der Straßensozialarbeit kontaktiert werden können. Denn deren Arbeit wird immer schwieriger. Man sei immer häufiger mit Entwesung und Verwesung konfrontiert, berichtete Juri Schaffranek von Gangway. Die Einrichtungen der Kältehilfe müssten das ganz Jahr vor-

gehalten werden. Und die Geld verschlingenden ASOG-Einrichtungen, für die Herr Geisel tatsächlich zuständig ist, seien inzwischen zu zwanzig Prozent mit Kindern und Jugendlichen belegt. Man brauche mehr Plätze, denn es hätten auch die ersten Osteuropäer einen Wohnplatz eingeklagt.

Geisels Konflikt: Jede Hilfe für Osteuropäer wirkt als Anreiz. Letzte Forderung: „Housing First“, notfalls in sogenannten MUFs (modulare Unterkünfte für Flüchtlinge). Geisel meinte, man beschäftige sich im Augenblick bei der Überarbeitung des ASOG (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz) zwar mit Bodycams und dem finalen Rettungsschuss, aber vielleicht könne er hier tatsächlich die ASOG-Unterkünfte einschmuggeln.